

Bei der Bundestagswahl 2005 errang die „Linke“ rund eine Million frühere SPD-Stimmen, aber auch 280 000 Stimmen von früheren Unionswählern. Immerhin unterstützt inzwischen ein Großteil aller Wahlberechtigten zentrale Forderungen der Partei. In weiten Teilen des Ostens ist die „Linke“ wesentlich stärker als die SPD (Wähler, Mitglieder). Spätestens seit die „Linke“ erstmals in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg bei Landtagswahlen im Westen die Fünf-Prozent-Hürde gemeistert hat, wittert die Partei Morgenluft. Umso wichtiger ist eine offensive Auseinandersetzung mit der „Linken“. Daran müssen sich vor allem die beiden Volksparteien beteiligen, die beide auf massenhafte Zustimmung bei „kleinen Leuten“ angewiesen sind, um mehrheitsfähig zu bleiben. Letztlich müssen alle gemäßigten Kräfte helfen, die „Linke“ zurückzudrängen: sowohl jene, die mit der „Linken“ koalieren (wollen), um einen lästigen Konkurrenten in einen (meist disziplinierten) Mehrheitsbeschaffer zu verwandeln, als auch jene, die Koalitionen mit der „Linken“ ausschließen und gerade auch deshalb in einer Ampel-Koalition oder der Opposition landen könnten.

## Geschichte vergegenwärtigen

Auch wenn es unzureichend wäre, die „Linke“ allein mit antikommunistischen Argumenten zu bekämpfen: Um die Partei zurückzudrängen, bleibt es bedeutsam, ihre Geschichte immer wieder zu vergegenwärtigen. Es geht darum, jenes Gras immer wieder zu mähen, das immer hö-

her und dichter über die SED-Diktatur zu wachsen droht. Deshalb gilt es, darüber zu diskutieren, was die „Linke“ als SED in der „DDR“ getan hat, aber auch darzulegen, wie sie heute darüber schreibt oder spricht. Die „Linke“ stammt im Kern aus der PDS, die wiederum aus der SED hervorging; niemand hat die SED jemals aufgelöst, wodurch die „antikapitalistische“ Partei unter anderem ihr gigantisches Vermögen verloren hätte. Damit gründet die „Linke“ hauptsächlich auf einer Diktaturpartei, die für massivste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war. Bis 1989 hat sie unschuldige Menschen quälen, foltern und ermorden lassen. So gehörte Chris Gueffroy, Jahrgang 1968 und im Februar 1989 an der deutsch-deutschen Grenze erschossen, zu jenen „DDR“-Bürgern, die eher Untertanen waren, die SED-Morden zum Opfer fielen. Um von SED-Verbrechen abzulenken, versucht die „Linke“, den Eindruck zu erwecken, die Stasi habe in der SED-Diktatur wie ein „Staat im Staate“ agiert; damit will die „Linke“ die Verantwortung der SED für ihre Verbrechen vertuschen. Die „Linke“ nutzt die Stasi als „Sündenbock“, wie Manfred Wilke herausgearbeitet hat. Doch die Stasi war das zentrale Herrschaftsinstrument der SED („Schild und Schwert“).

Zugleich bleibt es selbstverständlich besonders wichtig, die „DDR“-Wirklichkeit differenziert zu behandeln – wer sie einseitig darstellt, hilft der „Linken“. Gewiss kennzeichneten SED- beziehungsweise Stasi-Terror, -Propaganda und -Be-

spitzelung sowie das Verbot von Westreisen die „DDR“; ebenfalls die im Vergleich zu heute meist schlechtere Versorgung von Kranken, Behinderten und Alten, die niedrigere Lebenserwartung, höhere Suizidquoten, die höheren Umweltbelastungen, der geringere Lebensstandard der meisten, die gemeinhin geringere Wohnqualität sowie die üblicherweise längeren Wartezeiten auf Wohnraum, Pkw und Südfrüchte; rund zwei Prozent der ostdeutschen Betriebe waren weltweit wettbewerbsfähig. Vor allem hat die SED viele Lebenschancen von Regimegegnern und anderen zerstört; sie hat Dissidenten in Käfige eingesperrt, die 1,50 Meter hoch waren; sie hat Regime-Gegner jahrelang von ihren minderjährigen Kindern getrennt.

Doch es wäre unzureichend, Ostdeutschland zwischen 1949 und 1989 auf die SED-Diktatur zu reduzieren. Neben Verbrechen gehörte harte Arbeit vieler Menschen unter widrigen Bedingungen zur „DDR“; selbstverständlich gab es in der „DDR“ viele hoch qualifizierte und motivierte Facharbeiter, ebenso mutige Auflehnung, innere Emigration und privates Glück; gerade auch der besonders starke Zusammenhalt vieler Familien gegen staatliche Repression kennzeichnete die „DDR“. Die übergroße Mehrheit der „DDR“-Bewohner gehörte weder zur SED (vier von fünf Erwachsenen waren kein Mitglied), noch kollaborierte sie mit dem MfS; sie lebte in einer Mangelgesellschaft – abgesehen von SED-Bonzen und ihren Vasallen; die SED profitierte eher von der Resignation statt Akzeptanz der Mehrheit. Während 1945 die USA und Großbritannien Westdeutschland befreiten, erkämpften sich 1989 im Osten – unter anderen Bedingungen – Deutsche selbst die Freiheit. Heute begrüßen die meisten Ostdeutschen sowohl das Ende der SED-Diktatur als auch die Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden und genießen einen höheren Lebensstandard als

in der verblichenen „DDR“, aber auch als die meisten Bürger anderer posttotalitärer Länder der Gegenwart; die SED-Erben erringen im Osten per saldo nur bei Minderheiten Wahlerfolge.

Obwohl die meisten Täter heute frei herumlaufen, wettet die „Linke“ in NS-Manier gegen „Siegerjustiz“. Obendrein kassiert ein Großteil der hauptamtlichen SED-Helfer und MfS-Aktivisten heute wesentlich höhere Renten beziehungsweise Pensionen als „DDR“-Normalbürger. Dennoch agitiert die „Linke“ gegen ein angebliches „Rentenstrafrecht“ und für noch höhere Renten beziehungsweise Pensionen ihrer Besserverdiener-Klientel. SED-Opfer hingegen litten in der neuen Klassengesellschaft der SED, die zwischen Systemnahen und Systemfernen unterschied, unter Benachteiligungen gerade auch in Ausbildung und Beruf – Benachteiligungen, die in vielen Fällen bis heute fortexistieren, unter anderem bei der Rentenberechnung. Die enge Kooperation vieler Führungsfiguren der „Linken“ mit der Stasi darf zu keinem Tabuthema mutieren. Wer mit einer solchen Organisation zusammengearbeitet hat und an schweren Verbrechen beteiligt war, kann nur schwerlich ein glaubwürdiger Demokrat sein, zumal dann nicht, wenn er nach dem Ende der Diktatur in der Demokratie weiter in einer antidemokratischen Partei agiert, die immer wieder versucht, Menschenrechtsverletzungen zu verniedlichen oder zu negieren.

Mit dem Ziel, von Morden, subtilem Psychoterror (Bestrafung ohne Haft) und anderen Verbrechen der SED abzulenken, betont die „Linke“ immer wieder die Verantwortung der Blockparteien für Verbrechen in der SED-Diktatur. Doch es war die SED, die führende Blockpartei, die ihre parteipolitischen Konkurrenten – mit Propaganda und Terror – gleichgeschaltet und sie zu weitgehend linientreuen Vasallen geformt hat. In den entscheidenden Gremien der SED-Diktatur, dem Po-

litbüro und Zentralkomitee, agierte ausschließlich die SED. Schon in der „DDR“-Verfassung war die führende Position der SED festgeschrieben. In der SED-Diktatur war die SED Architekt und Polier, die Blockparteien die Handlanger. Die SED-Diktatur war eine Einparteidiktatur – die Blockparteien sollten sowohl Pluralismus als auch das Ende des Klassenkampfes simulieren. Heute gilt es, genau zu unterscheiden, ob ein früheres Mitglied der SED oder ihrer Satellitenparteien in einer klar demokratischen Partei agiert oder in einer extremistischen Formation.

### Halbwahrheiten enttarnen

Die Inhalte der „Linken“ verdienen eine offensive Diskussion. Dazu gehört es, die Halbwahrheiten der Partei zu widerlegen, die schwerer zu enttarnen sind als glatte Lügen. Ziel muss es sein, ihre Agitation gleichermaßen entschlossen und gelassen zu bekämpfen – ohne Über- und Untertreibungen. Renate Köcher warnt: „Die Chancen extremer Parteien steigen rasch, wenn weite Teile der Bevölkerung den Eindruck gewinnen, dass keine der Volksparteien ihre wichtigen Anliegen vertritt.“ Es bleibt deshalb bedeutsam, Vorbereitungen zu treffen, bevor sich Probleme auftürmen und Extremisten punkten (können). Die gemäßigten Parteien müssen auf differenzierte Art gezielt gerade auch solche Themen anpacken, mit denen sich schreckliche Vereinfacher profilieren (könnten), zum Beispiel soziale Abstiegsängste – sicherlich eine große Herausforderung für die Integrationskraft vor allem der Volksparteien, die immer wieder versuchen müssen, gleichzeitig aus mehreren Wählersegmenten zu schöpfen, ohne die eigenen Stammwähler zu verschrecken. Eine schwierige Zentralaufgabe der Volksparteien heißt, divergierende Wählergruppen jeweils in möglichst großer Zahl für die eigene Formation zu mobilisieren. Deshalb verbietet es sich für die Volks-

parteien, die vereinfachenden Positionen der „Linken“ zu kopieren.

### Phrasen enttarnen

Zu Auseinandersetzungen mit der „Linken“ gehört es, ihre „Diagnosen“ und „Therapievorschläge“, die den Tatbestand der Volksverdummung erfüllen, immer wieder zu zerpfücken und der Partei mit Tatsachen zu widersprechen, wenn sie Wein predigt. So verschlechterte der gesetzliche Mindestlohn, den sie fordert, die Chancen von Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt; er unterhöhlte die Tarifautonomie und widersprach internationaler Solidarität. Bereits heute gewährt das soziale Netz der Bundesrepublik zum einen ein Mindesteinkommen, das Arbeitnehmer ohne auskömmliches Einkommen unterstützt. Zum anderen eignen sich gesetzliche Mindestlöhne, Arbeit und damit auch Produkte zu verteuern, worunter gerade auch „kleine Leute“ leiden müssten: Wer kann sich bereits heute noch einen Pkw leisten, der komplett in Deutschland entstanden ist – gefertigt ausschließlich von Mitarbeitern, die deutsche Löhne erhalten? Scheinsoziale Mindestlöhne zerstörten damit weitere Arbeitsplätze. Zwar kämen wahrscheinlich zum Beispiel weniger Autobauer und Fleischer aus dem Ausland nach Deutschland – aber wohl mehr Autos und mehr Fleisch.

Auch wenn es normalerweise keine Aufgabe des freiheitlichen Staates sein kann, Dumpinglöhne aufzustocken: Wenn Arbeitsplätze gerade auch durch Mindestlöhne entfallen, müssen die Steuer- und Beitragszahler für Arbeitslosigkeit noch mehr zahlen. Vergleichende Hinweise, in Großbritannien oder den USA kosteten Mindestlöhne kaum oder keine Arbeitsplätze, führen in die Irre, weil dort nur 1,4 Prozent (Großbritannien) und 1,3 Prozent (USA) aller Vollzeitbeschäftigten Mindestlöhne erhalten. In Frankreich sind es zwar 16,8 Prozent; doch gerade auch da-

durch sind die Chancen von Arbeitslosen zuletzt gesunken und ist insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit gestiegen. Das Plädoyer der „Linken“ für eine Rente mit 60 (statt 67) übergeht Fakten: Die Zahl der Beitragszahler und Beitragszeiten ist in den letzten Jahrzehnten stark gesunken; gestiegen sind hingegen Rentenlaufzeiten, Rentnerzahlen, Rentenbeiträge und Steuermittel für die Rentenkassen. Weiterhin Anspruch auf einen abschlagsfreien Renteneintritt ab 65 haben Versicherte, die mindestens 45 Jahre Pflichtbeiträge eingezahlt haben – jeweils unter Anerkennung von Kindererziehungszeiten. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen außerstande sind, länger als heute zu arbeiten, gibt es Erwerbsminderungsrenten.

Die Sozialdemagogie der „Linken“ ignoriert weitere Fakten: Zum Beispiel gibt es trotz hoher Arbeitslosigkeit und trotz sozialer Probleme derzeit in der Bundesrepublik die höchste Beschäftigtenzahl in der deutschen Geschichte; die Frauenerwerbsquote im Osten ist vielerorts höher als im Westen; ebenso die Zahl der Ehepaare mit doppelten Renten – allerdings war es in der „DDR“ schwerer, für das Alter vorzusorgen, und waren viele „DDR“-Bürger auf doppelte Einkommen angewiesen; in weiten Teilen Süddeutschlands existiert heute nahezu Vollbeschäftigung; einzelne Bundesländer arbeiten sehr erfolgreich gegen (Jugend-)Arbeitslosigkeit; manche Branchen suchen händlerisch qualifizierte Arbeitskräfte und Auszubildende (zum Beispiel Computerfachleute oder Ingenieure).

Die zehn Prozent der Bestverdiener entrichten über fünfzig Prozent des Einkommensteueraufkommens – sowohl im Ziel als auch im Ergebnis; dagegen beteiligt sich die untere Hälfte nur mit 7,5 Prozent am Aufkommen der Einkommensteuer – allerdings verfügt das reichste Zehntel der Bevölkerung über sechzig Prozent der Geld- und Sachwerte; die Staatsquote liegt bei fast fünfzig Prozent –

beinahe die Hälfte dessen, was die Bevölkerung offiziell erwirtschaftet, unterliegt der staatlichen Umverteilung; das Bundesverfassungsgericht warnt bereits, eine faktische Belastung privater Einkommen und Vermögen über fünfzig Prozent missachte das „Übermaßverbot“; Hartz IV kostet wesentlich mehr als Arbeitslosen- und Sozialhilfe jemals zusammengekostet haben. Auch wenn die „Linke“ immer wieder versucht, einen anderen Eindruck zu erwecken: Die Soziale Marktwirtschaft kennzeichnet eine starke Umverteilung von oben nach unten statt umgekehrt. Daran ändert die Steuerhinterziehung von „Leistungsträgern“ wenig.

Weil die „Linke“ immer wieder politische Fahrerflucht begeht, gilt es, daran zu erinnern, warum die Arbeitslosigkeit im Osten bis heute doppelt so hoch ist wie im Westen: Vor allem wegen vierzig Jahren Herrschaft der SED, die Vollbeschäftigung nur vorgegaukelt und soziale Politik mit wachsenden Schulden finanziert hat. Damit hat sie weite Teile Ostdeutschlands ruiniert nach dem Motto „Ruinen schaffen ohne Waffen“. Daran will die antikapitalistische „Linke“ heute anknüpfen. Überhaupt gilt es, mit der „Linken“ darüber zu diskutieren, welche Politik wirklich sozial ist. Höhere Schulden und Steuern beziehungsweise Sozialbeiträge, die Investitions- und Beschäftigungsbedingungen verschlechtern und damit soziale Probleme verstärken? Oder eine Politik, die durch solide Haushaltsführung Freiräume für Investitionen vor allem in Bildung gewinnt? Von hohen Schulden profitieren primär Banken und Reiche, die reicher würden. Je höher die Schulden steigen, desto weniger Geld bleibt, um Bedürftige zu unterstützen und in Innovation beziehungsweise Bildung zu investieren. Gerechtere Bildungschancen für allebietenerfahrungsgemäß die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg – je mehr Leistungsträger und je weniger Leistungsnehmer, desto besser

für die Steuer- und Sozialkassen. Im aktuellen Bundeshaushalt ist der Schuldendienst der zweithöchste Ausgabeposten.

### Reformen sozial gestalten

Auch wenn Umfragen kein Kompass sind, sondern Seismografen: Gerade in Zeiten rasanter Veränderungen sind zugleich soziale Abstiegsängste und grassierende Reformskepsis ernst zu nehmen; dazu zählt soziale Sensibilität unter anderem in der Sprache. Denn zum Strukturwandel, forciert durch die beschleunigte Globalisierung, gehören Chancen, aber auch Risiken vor allem für „kleine Leute“, deren Sorgen Beachtung verdienen. Vor allem im Osten gibt es seit dem Ende der SED-Diktatur einen rasanten, tief greifenden Strukturwandel, der etliche „Gewinner“, aber auch etliche „Verlierer“ zurückließ. Deshalb sind Reformen möglichst sozial auszugestalten und sensibel zu erklären, um ihre Akzeptanz zu erhöhen. Reformverweigerung hingegen verschärft die Probleme – spätere Reformen müssten umso tiefer gehen. Für die Volksparteien ergibt sich daraus eine schwierige Aufgabe: Sie müssen immer wieder die Balance zwischen Bürgernähe und politischer Führung wahren; scheitern sie an diesem Hochseilakt, droht der Absturz bei Wahlen. Die Volksparteien müssen im Widerstreit mit der „Linken“, die fast allein auf Umverteilung setzt, Überzeugungsarbeit leisten für eine Politik der Balance zwischen wirtschaftlicher und sozialer Sensibilität beziehungsweise Kompetenz.

### Pazifismus demaskieren

Eine ebenfalls stärkere Gegenwehr verdient der populistische Pazifismus der „Linken“, der sich eignet, Diktatoren zu begünstigen, die leichter „ihre“ Bürger unterdrücken, ihre Menschenrechtsverletzungen zur inneren Angelegenheit erklären, andere Länder überfallen (wie Saddam Hussein im Falle Kuwaits) und da-

mit sowohl den inneren als auch äußeren Frieden gefährden können. Auch wenn sich kein vernünftiger Mensch Krieg wünscht: Allein mit diplomatischen oder ökonomischen, aber ohne militärische Mittel ist es erfahrungsgemäß schwer oder unmöglich, Unrechtsregime von der Macht zu vertreiben, also Regime, die Terrorcamps dulden oder fördern und massenhafte Menschenrechtsverletzungen verursachen wie das Terrorregime der Taliban oder Massenmörder à la Milošević. Auch Hitler ließ sich letztlich nur durch militärische Macht stürzen. Immer wieder hat militärische Macht schlimmeres Leid verhindert. Die Anwendung militärischer Macht auszuschließen kann deshalb den Frieden gefährden und massenhafte Menschenrechtsverletzungen begünstigen. Es gilt die Devise: Friedenspolitik durch militärische Abschreckung ja, wohlfeiler (Pseudo-)Pazifismus nein. Der Pazifismus der „Linken“ duldet damit Imperialismus (Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait) und massenhafte Menschenrechtsverletzungen (serbische Massenmorde an muslimischen Bosniern), darunter Völkermorde.

### Koalitionen verweigern

Auch wenn es irgendwo und irgendwann noch so schwer fallen mag, Mehrheiten zu bilden: Es darf keine Koalitionen mit Parteien wie der „Linken“ geben. Machiavellismus darf niemals über antiextremistische Prinzipientreue triumphieren. Wer Parteien wie der „Linken“ Koalitionsperspektiven öffnet, bietet solchen Kräften bessere Chancen, sich in Wahlkämpfen sogar als künftige Regierungspartei zu profilieren statt lediglich als künftige Oppositionspartei. Je günstiger die Koalitionsperspektiven kleinerer Parteien sind, desto schwerer fällt es, strategische Wähler davor zu warnen, „Papierkorbstimmen“ abzugeben, also eine kleinere Partei zu wählen, die anderen Parteien Stimmen „rauben“ und sie damit schwä-



chen, aber an der Sperrklausel scheitern könnte.

Zwar heißt es immer wieder, extremistische Parteien, die nirgendwo Regierungsverantwortung tragen (müssen), sollten in Exekutiven zeigen, was sie (nicht) können. Doch wer extremistische Parteien und Politiker in Regierungen nimmt, um sie zu „entzaubern“ und/oder als Mehrheitsbeschaffer zu nutzen, gibt ihnen bessere Chancen, die eigene Klientel zu bedienen, erleichtert ihnen den Zugang zu den Massenmedien und unterschätzt ihre Fähigkeit beziehungsweise Bereitschaft, sowohl die Regierungspartei als auch Fundamentalopposition zu mimieren – „Widerstand und Ministeramt“ (Gabriele Zimmer). So agitiert die „Linke“ gegen Hartz IV, das weder die Berliner Landesregierung (SPD/PDS) noch die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern (SPD/PDS) 2003 im Bundesrat ablehnten. Auch wenn die „Linke“ ihr Spagat zwischen Regierungs- und Oppositionsarbeit immer wieder schmerzt: Bislang gibt es nach mehreren Landtagswahlen (in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin), deren Resultat auf mehreren Faktoren gründete, keinen eindeutigen Beleg, wonach (in-)direkte Regierungseteiligungen der „Linken“ per saldo eher schaden als nutzen. Viel eher stellt sich die Frage, wer „entzaubert“ wen?

Gerade in Deutschland können Regierungsparteien die politische Verantwortung für politisches Versagen leichter als anderswo wegdrücken, weil die Politikverflechtung stärker und damit die politische Transparenz schwächer ausgeprägt ist. Die konkordanzdemokratischen Elemente im bundesdeutschen Institutionengefüge erleichtern es gerade auch extremistischen Regierungspartnern auf Landesebene, Defizite der eigenen Leistungsbilanz zu verschleiern, indem sie Verant-

wortung abschieben an den „Kapitalismus“, die „Kartellparteien“, den Bund, die USA, den Koalitionspartner oder die Globalisierung.

### Unverwechselbarkeit bewahren

Es bleibt wichtig, die inhaltlichen Hauptunterschiede zwischen den gemäßigten Parteien immer wieder zu verdeutlichen, um die zentralen Alternativen aufzuzeigen und unverwechselbar zu bleiben; die „Linke“ versucht ja gern, sich als vermeintlich einzig wahre Alternative zu allen anderen Parteien zu präsentieren, die sie als angeblich identisch bezeichnet. So wichtig es ist, ein Messer regelmäßig zu schärfen, so bedeutsam bleibt es gerade für CDU/CSU und SPD, das eigene Politprofil zu schärfen, gerade in Zeiten einer Großen Koalition auf Bundesebene – Koalitionen sind keine Fusionen. CDU/CSU und SPD, aber auch die Massenmedien müssen trotz oder gerade wegen diverser Kompromisszwänge, die das bundesdeutsche Institutionengefüge kennzeichnen, immer wieder verdeutlichen, was beide Parteien unterscheidet – insbesondere auf Länderebene gibt es ja deutliche Unterschiede in politischen Zielen und vor allem Ergebnissen, zum Beispiel in der Schul-, Hochschul-, Forschungs-, Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie im Kampf für öffentliche Sicherheit. Gerade absolute Mehrheiten bieten den Volksparteien die Chance, das eigene Profil durch praktische Politik zu schärfen – durch Taten statt lediglich durch Worte. Deutliche Unterschiede zwischen den Volksparteien erschweren es Parteien wie der „Linken“, Aufmerksamkeit zu erregen. Wenn die Volksparteien verdeutlichen, was sie unterscheidet, mobilisieren sie damit ihr Wählerpotenzial. Zu starke Polarisierung allerdings kann Wechselwähler verschrecken.